

Niederschrift

über die 29. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 27.02.2020

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 21:40 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzender
Manfred Buß

Ratsmitglieder

Heide Bastrop, Andreas Bruns, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Martina Esser, Jörg Even, Michael Fischer, Stephan Heiden, Martin von Heynitz, Ralf Hillen, Axel Homfeldt, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Detlef Kasig, Thomas Labeschautzki, Tobias Masemann, Hans Müller, Joachim Müller, Wolfgang Ottens, Pascal Reents, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Maximilian Striegl, Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Carsten Thomsen, Andrea Wilbers

Es fehlen entschuldigt:

Ratsmitglieder Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Carsten Hoffmann, Marc Lütjens

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, BOAR Theodor Kramer, GB Alicja Genske, VA Ingrid Eggers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Buß begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Buß stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Buß stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1. Baubeginn Krippe Oestringfelde

Wie in der letzten Ratssitzung berichtet, wurden Anfang des Jahres die Aufträge für den Neubau der Krippe am Bildungsstandort Oestringfelde im Verwaltungsausschuss mit einer Summe von ca. 1,5 Mio. Euro beschlossen. Zwischenzeitlich hat das nach entsprechender öffentlicher Ausschreibung beauftragte Bauunternehmen, die Firma Seibert aus Jever, mit den Bauarbeiten begonnen. Die Fertigstellung ist zum Beginn des Kindergartenjahres am 01.08.2021 vorgesehen.

5.2. Geruchsgutachten Grundschule Glarum

Wie mehrfach in den öffentlichen Sitzungen des „Ausschusses für Schule, Jugend und Sport“ erörtert, wurde seitens der Verwaltung ein Gutachten zur Überprüfung der Geruchsmissionen in der Grundschule Glarum beauftragt. Das Gutachten kommt zu der Feststellung, dass keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen vorhanden sind. Mögliche Ursachen könnten u. a. Geruchsausdünstungen aus den neu angeschafften Möbeln sein.

5.3. Baugebiet Roffhausen

Nachdem - insbesondere mit Blick auf das TCN-Gelände und den JadeWeserPark - Lärmpegelberechnungen durchgeführt wurden, die Wohnen an dieser Stelle zulassen, wird die IDB Oldenburg nunmehr ein erstes Konzept für das neue ca. 2 ha große Wohnbaugebiet an der Olympiastraße in Roffhausen erstellen. Das Verfahren soll im Mai im Fachausschuss beginnen.

5.4. Erweiterung Gewerbegebiet Branterei

Die Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei mit ca. 10 ha um eine zusätzliche Fläche von ca. 8 ha nimmt Konturen an. Nach entsprechenden Voruntersuchungen wird derzeit der Planentwurf vom beauftragten Planungsbüro Diekmann & Mosebach erstellt und den Ratsgremien vor der Sommerpause vorgelegt.

Parallel dazu führt die Verwaltung Gespräche mit den anderen Grundstückseigentümern, um die Flächen zu sichern, da ein Großteil dieser Flächen nicht im Eigentum der Stadt Schortens ist.

Es gibt bereits Anfragen von Unternehmen, die sich dort gegebenenfalls ansiedeln möchten.

5.5. Baugebiete am Klosterweg

Das städtische Baugebiet am Klosterweg mit einer Größe von ca. 2 ha wird derzeit erschlossen. Die Erschließungsarbeiten werden bis Ende April abgeschlossen sein, so dass die Freigabe für die potentiellen Bauinteressenten im Mai erfolgen kann. Wie bereits berichtet, gab es für die Grundstücke insgesamt 200 Anfragen. Erste Grundstückskaufverträge, auch für Mehrfamilienhäuser, sind in der Vorbereitung.

Aktuell hat die IDB bei der Stadt beantragt, einen Bebauungsplan für die übrigen Flächen am Klosterweg zur Größe von ca. 12,6 ha aufzustellen und einen Städtebaulichen Vertrag abzuschließen. Die Verwaltung wird dem „Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt“ in seiner nächsten Sitzung im März die Aufstellung des Bebauungsplanes empfehlen.

5.6. Tiefbaumaßnahmen

Zu den Tiefbaumaßnahmen berichtet BM Böhling, dass die Regenwasserkanalsanierung in der Oestringer Straße, hier der 4. Bauabschnitt, fertig gestellt ist.

Zu 80 % fertig gestellt ist die Regenwasserkanalsanierung in der Sylter Straße/Helmsundstraße, zu 25 % die Kanalsanierung in der Edo-Wiemken-Straße. Die Regenwasserkanalsanierungen für die Borkumer Straße, Kreuzweg Ost und Elbestraße sind derzeit ausgeschrieben.

Die Klinkeraufräuhung im Ortskern ist zu 85 % fertig gestellt.

5.7. Ehrenamtsgala

Für die am 19. März 2020 stattfindende Ehrenamtsgala gab es erfreulicherweise sehr viele Ehrungsvorschläge aus den Vereinen und Verbänden in der Stadt Schortens. Die Einladungen dazu werden demnächst versandt.

Die hohe Zahl an Rückmeldungen zeigt, dass das vom Rat beschlossene Format der Ehrenamtsgala, welche wir seit dem Jahr 2016 alle zwei Jahre durchführen, gut bei den Vereinen und Verbänden angekommen ist.

5.8. Neuer Personalrat

Vor Kurzem wurde bei der Stadtverwaltung ein neuer Personalrat gewählt. Dem gehören folgende Mitglieder an:

Karsten Töpel, Nico Meints, Dieter Hülse, Inke Brumme, Dennis Rieken, Annett Kunz, Kerstin Junior.

In seiner konstituierenden Sitzung hat der Personalrat Herrn Karsten Töpel aus dem Fachbereich „Bauen“ zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Ein erstes Abstimmungsgespräch zwischen Dienststellenleitung mit Frau Müller, mir und dem Personalrat hat bereits stattgefunden.

Gemeinsam gehen alle von einer weiterhin guten und harmonischen Zusammenarbeit zum Wohle aller Beschäftigten der Stadt Schortens aus.

6. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

7. Vorlagen des "Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt" vom 09.01.2020

- 7.1. Bebauungsplan Nr. 145 "Siebetshaus Nord"
Hier: Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Verfahren gem. § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. §§ 3 (2) BauGB
Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB **SV-Nr. 16//0918/3**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Zu 1: Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Zu 2: Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenhaltes in der Stadt vom 13.05.2017, beschließt der Rat der Stadt Schortens die Neufassung des Bebauungsplans Nr. 145 "Siebetshaus Nord" sowie die Begründung als Satzung.

Gem. § 13a Abs. 2 Punkt 2 wird der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung angepasst.

- 7.2. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 128 "Kramermarktwiese"
Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Verfahren gem. § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. §§ 3 (2) BauGB
Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB **SV-Nr. 16//1189/2**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Zu 1: Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Zu 2: Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenhaltes in der Stadt vom 13.05.2017, beschließt der Rat der Stadt Schortens die Satzung der ersten Änderung des Bebauungsplans Nr. 128 "Kramermarktwiese" und die Begründung als Satzung.

8. Vorlage des "Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft"
vom 29.01.2020

8.1. Allgemeine Gebühren- und Entgelterhöhung 2020 einschließlich Verwaltungskostensatzung 2020 **SV-Nr. 16//1332**

RM Bruns beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die Erhöhung der Eintrittsentgelte für das „Aqua Fit“ solange auszusetzen, bis der Kassenautomat für die Kartenzahlung und das kontaktlose Zahlen ertüchtigt wurde, da es sich bei den Erhöhungen um niedrige 10 Cent-Beträge handelt, es für die Bürger*innen jedoch umständlich ist, immer passendes Kleingeld bereitzuhalten.

BM Böhling kann die Argumente der CDU-Fraktion nachvollziehen, zumal die Umstellung auf bargeldloses Zahlen kurzfristig erfolgen wird. Er schlägt vor, wie beantragt zu verfahren und weist darauf hin, dass über die Änderung der Eintrittsentgelte wegen der geringen Höhe dann im Verwaltungsausschuss entschieden werden kann.

RM Kasig hält den Antrag für zielführend und sachgerecht und unterstützt diesen im Namen der SPD-FDP-Gruppe.

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

1. Die der Sitzungsvorlage beigefügten Gebühren- und Entgelterhöhungen werden bis auf die Erhöhung der Entgelte für das „Aqua Fit“ beschlossen.

Die Erhöhung der Entgelte für das „Aqua Fit“ ist solange auszusetzen, bis die Kassenautomaten für die Kartenzahlung und das kontaktlose Zahlen ertüchtigt wurden.

2. Die Gebühren- und Entgelterhöhung der Kindertagesstätten und der Randbetreuung an Grundschulen tritt zum 01.08.2020 in Kraft.
3. Die kirchlichen Träger der Stadt Schortens werden gebeten, die Gebührensatzung entsprechend anzupassen.

9. Vorlage des "Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt"
vom 06.02.2020

9.1. Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 142 "Langeooger Straße" Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Verfahren gem. § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. §§ 3 (2) BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB **SV-Nr. 16//0708/3**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Zu 1: Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Zu 2: Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenhaltes in der Stadt vom 13.05.2017, beschließt der Rat der Stadt Schortens die Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 142 "Langeooger Straße" sowie die Begründung nebst Umweltbericht als Satzung.

Mit Inkrafttreten des vorgenannten Bebauungsplanes wird der Bebauungsplan Nr. 11 IV „Klosterneuland/ Langeooger Straße“ vom 29.12.2006 nebst Begründung und Umweltbericht außer Kraft gesetzt.

10. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 18.02.2020

10.1. Neubenennung hinzugewählter Mitglieder für den Schulausschuss
SV-Nr. 16//1364

Es ergeht einstimmig nachfolgender Beschluss:

Es wird festgestellt, dass der Stadtelternrat der Grundschulen der Stadt Schortens durch Frau Louise Nyamu-Steinbeck als stimmberechtigtes Mitglied im Schulausschuss vertreten ist.

Stellvertretendes Mitglied ist Herr Simon P. Langenstein.

10.2. Umbesetzung in den Ausschüssen (Antrag der UWG-Fraktion)
SV-Nr. 16//1365

Es wird einstimmig der nachfolgende Beschluss gefasst:

Auf Antrag der UWG-Ratsfraktion wird der Sitz der UWG im Betriebsausschuss Stadtentwässerung künftig abgegeben an die Fraktion Freie Bürger. Mitglied wird Herr Ralf Hillen, stv. Mitglied Herr Janto Just.

Fraktionsvorsitzender der UWG ist künftig: Stephan Heiden (Vertreter: Marc Lütjens).

Die Änderungen werden so festgestellt.

11. Vorlage des "Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft" vom 25.02.2020

11.1. Haushalt 2020, Investitionsprogramm 2020-2023 **SV-Nr. 16//1331/2**

RM Kasig, Vorsitzender des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“, berichtet über die vorbereitenden Beratungen für den Haushalt 2020. Neben den hierfür vorgesehenen Sitzungen des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ habe man eine interfraktionelle Ratssitzung benötigt und die Verwaltung habe insgesamt drei Entwürfe vorgelegt. Am Ende sei man dann dem Antrag der CDU gefolgt, eine „Arbeitsgruppe Haushalt“ einzurichten. RM Kasig betont, dass es ein schwieriger, aber seiner Ansicht nach zielführender Prozess war.

Weiter führt er aus, dass der vorliegende Haushalt von einem Überschuss im Ergebnishaushalt von 510.818,00 € ausgeht und sich wesentliche Ertragsverbesserungen gegenüber dem vorherigen Entwurf aus der Zuweisung des Landkreises aus der EWE-Ausschüttung in Höhe von 200.000,00 € und erhöhten Einzahlungen nach Feststellung der Vergnügungssteuer in Höhe von 145.000,00 € ergeben haben.

Mit dem heutigen Beschlussvorschlag werde die Verwaltung beauftragt, den für die Überarbeitung des Investitionsplans erforderlichen Masterplan bis 31.03.2020 vorzulegen, auf deren Grundlage das Investitionsprogramm im Rahmen einer Arbeitsgruppe - bestehend aus den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses - bis 30.06.2020 überarbeitet werden soll. Daher werde das Investitionsprogramm 2021 bis 2023 zunächst nur vorläufig festgestellt.

RM Ottens erklärt, dass es sich um einen durchaus angespannten Haushaltsplan handelt. Diesen so hinzustellen, als wäre alles nicht so schlimm, ist seiner Ansicht nach ein bisschen laissez faire. Jedoch brauche die Stadt einen gültigen Haushalt, um handlungsfähig zu bleiben. Seine Fraktion habe aber nach wie vor Bedenken wegen der stetigen Steigerung des Schuldenstands. Der erste Entwurf habe einen Schuldenstand im Jahr 2021 in Höhe von 22 Mio. Euro vorgesehen, der zweite Entwurf, der Kürzungen u. a. bei den geplanten Vorhaben Turnhalle Sillenstede und Erweiterung der Straßenbeleuchtung vorsah - von 18 Mio. Euro. Beide Summen würden somit oberhalb der festgesetzten Schuldenobergrenze liegen.

RM Ottens unterstreicht, dass es für Politiker von besonderer Wichtigkeit ist, Zahlen, Daten und Fakten zu erhalten, um über einen Haushalt und Investitionen beschließen zu können. Er kritisiert, dass diese zu den Beratungen nicht vorgelegt haben.

Die Einrichtung des Arbeitskreises, dem neben den Mitgliedern des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ – wie bereits von RM Kasig erwähnt - auch der Bürgermeister und die Fachbereichsleiter/-innen angehören, begrüßt seine Fraktion. Denn nur so sei man in der Lage, eine vernünftige Investitionsplanung für die nächsten Jahre aufzustellen. Ziel sei es, in diesem Arbeitskreis bis zum 30.06.2020 ein Ergebnis zu generieren, das anschließend den Ratsgremien vorgetragen werden soll. Er beantragt, den Beschlussvorschlag unter Punkt 3 wie folgt zu ergänzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, den für die Überarbeitung des Investitionsprogrammes erforderlichen Masterplan bis 31.03.2020 vorzulegen. Auf dieser Grundlage wird das Investitionsprogramm im Rahmen einer Arbeitsgruppe bis 30.06.2020 für die Folgejahre überarbeitet und den Ratsgremien zur Beschlussfassung empfohlen.

Abschließend geht RM Ottens auf den Nachtragshaushalt 2019 ein, aus dem für ihn die Maßnahme „Werbepylon“ heraussticht, für die Kosten in Höhe von 760.000,00 € netto anstatt der geplanten Kosten in Höhe von 250.000,00 € entstanden sind.

Er gibt zu bedenken, dass solche Ausgaben für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar sind und die Stadt sich solche Fehlleistungen nicht leisten kann. Zudem bemängelt er, dass der Werbepylon aufgrund der Ausführung und des Standortes seinen Zweck nicht erfüllt.

BM Böhling bestätigt, dass der Werbepylon - wie bereits durch die Zahlen im Haushalt bzw. entsprechende Beschlüsse mitgeteilt wurde - teurer geworden ist. Jedoch sei die Aussage falsch, dass er seinen Werbezweck nicht erfüllt.

RM Just bittet darum, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages gesondert abstimmen zu lassen, da er dem Haushalt in der vorgelegten Fassung gern zustimmen möchte, sich jedoch nach wie vor gegen eine nicht öffentlich tagende Arbeitsgruppe ausspricht. Er gibt zu bedenken, dass es Aufgabe der Ausschüsse ist, Empfehlungen für die Ratsgremien zu fassen und nicht Aufgabe einer nicht öffentlich tagenden Arbeitsgruppe.

RM Kasig unterstützt im Namen der SPD-FDP-Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer „Arbeitsgruppe Haushalt“, um heute einen mit breiter Mehrheit beschlossenen Haushalt auf den Weg zu bringen.

Allerdings könne seine Gruppe, so RM Kasig, mit einigen Aussagen aus vorangegangenen Diskussionen wenig anfangen. So seien - u. a. in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft - Worte gefallen wie Chaos und Verschuldungsorgien. Diese Worte erwecken nach Ansicht der SPD-FDP-Gruppe bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck, dass die Stadt am Rande des Abgrunds steht, was in der Bevölkerung wiederum zu einer Verunsicherung und auch zur Frage führt, ob bereits genehmigte und zugesagte Maßnahmen noch durchgeführt werden. RM Kasig betont, dass die Stadt Schortens mit ihren zahlreichen neuen Baugebieten und dem Gewerbegebiet Branterei eine aufstrebende Stadt ist und auch nicht - wie Nachbargemeinden - über eine Erhöhung des Steuersatzes nachdenken muss. Daher möchte er um eine kleine Mäßigung werben.

In dem vorliegenden Haushalt sieht die Gruppe einen Kompromiss. Für sie stehen Projekte wie die Turnhalle Sillenstede und die Beleuchtung entlang der Pingelei und der B 210 nach wie vor an vorderster Stelle. Die Kosten von 115.000,00 € für die Beleuchtung hält die Gruppe bei einem Haushalt mit einem Umfang von 32 Mio. Euro für verschmerzbar.

Für RM Kasig war es enttäuschend, dass die CDU-Fraktion in der von ihr beantragten interfraktionellen Sitzung keine Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltes unterbreitet hat und er hofft, dass dies in der Arbeitsgruppe anders laufen wird. Zudem hätte es sich seine Gruppe gewünscht, dass die Vorsitzenden der Fachausschüsse der Arbeitsgruppe angehören, die letztendlich für die Teilhaushalte verantwortlich sind.

Die SPD-FDP-Gruppe unterstützt die Ausführungen des RM Ottens zum Werbepylon.

RM Homfeldt ist froh darüber, dass sich die Ratsmitglieder offensichtlich dafür entscheiden wollen, für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur für das Jahr 2020, sondern auch die folgenden Jahre Verlässlichkeit herzustellen, insbesondere für die Vereine, Feuerwehren usw.

Zum Redebeitrag des RM Just merkt er an, dass der Rat Arbeitsgruppen bilden darf und die bereits bestehenden Arbeitsgruppen „Verbesserung der Stadtfeste“ und „Klosterpark“ aus Sicht der CDU-Fraktion sehr gut und zielführend zusammenarbeiten. Daher wünscht sich seine Fraktion eine entsprechende Zusammenarbeit auch zu diesem zentralen Thema, um zu klären, wie sich die Stadt weiterentwickeln soll und wofür in den nächsten Jahren das Geld bereitgestellt werden soll.

Weiter führt er aus, dass die CDU-Fraktion seit dem Jahr 2009 auf die Vorlage einer Bauprioritätenliste drängt, diese jedoch lediglich für die Jahre 2009 und 2010 vorgelegt wurde. Er bemängelt, dass die Ratsmitglieder in den Folgejahren in Haushaltsberatungen immer neu damit überrascht wurden, was das nächste Jahr an Maßnahmen bzw. Ausgaben bereithält. Auch sei es für seine Fraktion unverständlich, wenn der laut Beschluss des Rates aus dem Monat Februar 2019 für die Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 vorzulegende Masterplan von der Verwaltung aufgrund fehlender Arbeitskapazitäten nicht vorgelegt wird. Dieser Verlauf bei einem für die Stadt existenziellen Thema stellt für RM Homfeldt ein „Chaos“ dar. Ebenso das Thema „Heimathaus“ wofür die von der Verwaltung zugesagte Planung bis heute nicht vorgelegt wurde. Dies sei nur ein Beispiel von vielen Themen, die Bürgerinnen und Bürgern versprochen und schlicht und ergreifend hinten rum wieder abgeräumt würden. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, so RM Homfeldt, dass die Politik ihre Glaubwürdigkeit erhält und wiedererlangt.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Kasig unterstreicht RM Homfeldt, dass er die Worte „Verschuldungsorgie“ und „Chaos“ daher nach wie vor verwenden wird.

Ferner merkt RM Homfeldt an, dass in der interfraktionellen Ratssitzung auch die nächste Steuererhöhung zumindest als Idee ventiliert wurde. Er betont, dass dies für ihn zur Wahrheit und auch zum Thema Chaos dazugehört. Für dieses sei jedoch keinesfalls allein die Verwaltung, sondern auch der Rat verantwortlich, der sich die Frage stellen müsse, inwieweit er seiner Gestaltungsrolle und seiner Kontrollfunktion nachgekommen ist.

Abschließend teilt RM Homfeldt mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt als Zeichen guten Willens, gemeinsam die Stadt voranzubringen, zustimmen wird. Seine Fraktion freue sich über die Zustimmung zur Bildung eines Arbeitskreises und hoffe sehr, dass bis zum 30.06.2020 eine zukunftsfähige Lösung für die Stadt vorliegen wird.

BM Böhling findet es gut, wenn man sich zusammensetzt und versucht, für die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger einen guten Haushalt aufzustellen, hätte sich aber gewünscht, dass dem Arbeitskreis die Vorsitzenden der Fachausschüsse und Vertreter der Fraktionen angehören.

Ganz entschieden weist er die Vorwürfe des RM Homfeldt wie „Chaos“ und „Schuldenorgien“ zurück und betont, dass es zur Verwaltungsarbeit dazu gehört, zu einer interfraktionellen Sitzung mitzuteilen, welche Möglichkeiten für die Verbesserung der Einnahmen bestehen. Zur Vollständigkeit müsse dabei natürlich auch auf mögliche Steuererhöhungen und ihre Auswirkungen hingewiesen werden. Er stellt klar, dass eine Beratung hierüber in der interfraktionellen Ratssitzung nicht erfolgt ist und daher auch die zuvor getroffene Aussage, dass Steuererhöhungen bereits thematisiert wurden, nicht zutreffend ist. Auch BM Böhling findet es schade, dass in der interfraktionellen Ratssitzung keine Einsparungsvorschläge geäußert wurden.

RM Labeschautzki erkundigt sich, wie das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Friesland die von RM Ottens erläuterte Kostensteigerung des Werbepylonen beurteilt, zumal sich viele Bürger*innen fragen, wie so etwas angehen kann. Er hält es für wichtig, diese Frage schnellstmöglich öffentlich zu beantworten.

RM Kaderhandt unterstützt die Ausführungen des RM Labeschautzki und teilt die Ansicht des RM Ottens, dass der Werbepylon aufgrund seines Standortes und der zu geringen Höhe seinen Werbezweck nicht erfüllt. Sie bedauert diese Mehrausgaben, zumal jetzt über Einsparungen bei anderen Maßnahmen – wie u. a. die Turnhalle Sillenstede und die Straßenbeleuchtung - diskutiert werden muss.

RM Heiden unterstützt die Einrichtung der Arbeitsgruppe im Namen der UWG-Fraktion ausdrücklich und freut sich auf eine gute, sachgerechte Zusammenarbeit. Er spricht sich dafür aus, zunächst den Masterplan abzuwarten und nicht bereits jetzt Wunschprojekte zu benennen. Er sieht die Stadt derzeit nicht im Chaos, beurteilt die auf sie zukommende Verschuldungshöhe jedoch kritisch und möchte gern vorher handeln, um die Handlungsfähigkeit auch dann erhalten zu können, wenn zusätzliche Aufgaben - wie z. B. vom Bund im Rahmen der Kinderbetreuung - auf die Stadt zukommen.

Nach Ansicht seiner Fraktion ist es der richtige Weg, gemeinsam über den Haushalt zu sprechen und in die richtige Richtung zu gehen. Aus diesem Grunde unterstützt die UWG-Fraktion den Haushalt, obwohl sie am Anfang grundsätzliche schwere Bedenken gegen ihn hatte.

RM Homfeldt geht näher auf die Entwicklung des Schuldenstandes ein, der sich von 2010 mit rund 10 Mio. bis 2021 mit geplant 20 Mio. Euro verdoppeln wird. Er hält es für außerordentlich wichtig, jetzt zu handeln, um zu grundlegenden Veränderungen zu kommen.

Zur von der Verwaltung vorgelegten Liste der freiwilligen Leistungen merkt er an, dass er über die Herausnahme der internen Leistungsverrechnung sehr irritiert gewesen sei. Da es sich auch hierbei um Kosten handelt, so RM Homfeldt, sei das buchhalterisch nicht in Ordnung. Näher geht er zudem auf den Nachtragshaushalt 2019 ein, mit dem erhebliche Kostensteigerungen beim „Aqua Fit“, der Grundschule Glarum und für den Werbepylon abgedeckt worden seien. Zum Werbepylon merkt er an, dass sich die CDU-Fraktion von Beginn an dafür ausgesprochen hatte, diesen durch den Investor errichten zu lassen.

Aufgrund der vorangegangenen Redebeiträge teilt **RM Kasig** zur Klarstellung mit, dass die SPD-FDP-Gruppe nicht für Steuererhöhungen steht und darüber bisher auch nicht diskutiert worden sei.

RV Buß lässt anschließend über die Punkte des Beschlussvorschlages gesondert abstimmen.

Der Rat möge beschließen:

1. Die Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 werden beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

2. Das der Sitzungsvorlage beigefügte Investitionsprogramm 2021-2023 wird als vorläufig festgestellt.

Der Beschlussvorschlag wird bei 1 Gegenstimme beschlossen.

RM Bruns hat gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den für die Überarbeitung des Investitionsprogramms erforderlichen Masterplan bis 31.03.2020 vorzulegen. Auf dieser Grundlage wird das Investitionsprogramm im Rahmen einer Arbeitsgruppe bis 30.06.2020 für die Folgejahre überarbeitet. und den Ratsgremien zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Beschlussvorschlag wird bei 2 Gegenstimmen beschlossen.

Die Ratsmitglieder Just und Hillen haben gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.

12. Anfragen und Anregungen:

Anfragen und Anregungen werden nicht geäußert.